

# Krafauer Zeitung.

Montag den 2. Jänner

1676  
V  
CZASOP

1865 1865.

Nr. 1.

IX. Jahrgang.

"Krafauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-  
preis für Krafa 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., reiy. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

Gebühr für Insertionen im Anzeigblatt für die vierseitige Zeitzeile 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Ein-  
richtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Insert-Bestellungen und  
Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Nedaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.



## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner d. J. begonnene neue Quartal der

## "Krafauer Zeitung."

Der Prämienpreis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1865 beträgt für Krafa 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzuführung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zuführung des ersten Blattes an) werden für Krafa mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Mr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Das Staatsministerium hat auf Vorschlag des Gemeinderathes Belluno den Conte Francesco Piloni zum Podesta neu ernannt.

Das Staatsministerium hat auf Vorschlag des Gemeinderathes Antonio Naccari zum Podesta der Stadt Chioggia ernannt.

Das Staatsministerium hat auf Vorschlag des Gemeinderathes Dr. Anton Ganiello zum Podesta der Stadt Feltre ernannt.

Das Justizministerium hat die bei dem Landesgerichte in Venetia erledigte Rathöflichkeit dem Landesgerichtsrath in Novigo Marcus v. Suman im Wege der angestrebten Überzeugung verliehen und den Prätor in Arzignano Dr. Wilhelm Donà zum Landesgerichtsrath in Novigo ernannt.

Das Justizministerium hat die bei dem Landesgerichte in Venetia erledigte Rathöflichkeit dem quiescire Prätor Alexander v. Memmo und dem Gerichtsadjuncten Egidio Pozzoni verliehen.

**Stand**  
der im Umlaufe befindlichen Münztheine.  
Der Gesamtbetrag der zu Ende November 1864 im Umlaufe befindlichen Münztheine betrug in 4.60.670 fl.

Wien, den 30. December 1864.  
Von f. f. Finanzministerium.

## Nichtamtlicher Theil.

### Krafa, 2. Jänner.

Über den bisherigen Gang und den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen in der Herzogthümerfrage bringt die "Presse" folgende Darstellung: Es war im Anfang October, kurz bevor Herr v. Beust auf der Rückreise aus Gastein Wien berührte, als Herr v. Bismarck einen positiven Vorschlag zur Lösung der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage an das österreichische Cabinet gesandt. Es sollten, in Gemäßigkeit dieses Vor-  
abs, sämmtliche höchste Gerichtshöfe Deutschlands

der Prüfung der verschiedenen bereits angemeldeten Evidenzen — die eigenen preußischen waren damals noch nicht entdeckt — unterziehen, und es soll dann, mit möglichster Berücksichtigung der durch eine solche Prüfung gewonnenen Resultate, für Holstein die beiden Großmächte, unter Beziehung des Bundes, für Schleswig die beiden Großmächte allein die endgültige Entscheidung abgeben. Es wird anzumerken sein, daß also damals auch Preußen noch, wenigstens für Holstein, eine Mitwirkung des Bundes anstrenglich statuirte. Der gedachte Vorschlag wurde zwischen dem Grafen Rechberg und Herrn v. Beust

eingehend erörtert. Der sächsische Minister machte geltend, daß er von seinem Standpunkte aus jedenfalls für Holstein dem Bunde das alleinige Entscheidungsrecht vindicieren müsse; daß diese Entscheidung, da die Zusammengehörigkeit der beiden Herzogthümer nicht sätzlich anzusehen, wenigstens tatsächlich auch für Schleswig Geltung haben werde, daß aber der in Aussicht genommene Weg als ein bündesmäßiger nicht erachtet werden könne, und, weil es jeder einzelnen Regierung unbenommen bleibe, auf die Aussprüche der deutschen Gerichte ein Gewicht zu legen oder nicht, nicht einmal ein praktisches Ergebnis verleihe. Weit eher werde es sich empfehlen, wenn man Delegirte der höchsten Gerichte der im Ausschluß vertretenen Staaten diesem Ausschluß in beratender Weise zugehöre, weil dieselben, ohne daß selbständige Ermessens der Ausschusmitglieder zu beschränken, das rechtsgeschaffene Element im Ausschluß zu verstärken und so, innerhalb der Formen des Bundes, eine Verständigung auf rechtlicher Grundlage zu fördern geeignet erscheinen müßten. Das sächsische Amendment stand in Wien wenig, in Berlin gar keinen Anklang, und so sah sich Graf Rechberg veranlaßt, dem preußischen Cabinet einen selbständigen Gegenvorwurf zu unterbreiten. Ein Schiedsgericht sollte die Erbfolgefrage zum Austrag bringen, und jeder Interessent vier Mitglieder des Schiedsgerichts ernennen, der Erbprinz von Augustenburg vier, der Großherzog von Oldenburg vier, und die Stände der Herzogthümer ebenfalls vier. Mit einer solchen Zusammensetzung des Schiedsgerichts hätte die Entscheidung für das Augustenburg'sche Erbrecht kaum zweifelhaft sein können. Aber eben darum mochte er in Berlin nicht genehm erscheinen, und er wurde dort sofort pure abgelehnt. Graf Rechberg bereitete nun eine andere Lösung vor: Oesterreich und Preußen sollten, seiner Intention folge, die sämmtlichen durch den Friedensvertrag ihnen überkommenen Rechts- und Besitztitel an den relativ bestlegimierten Bewerber um die Herzogthümer, an den Erbprinzen von Augustenburg, übertragen, und es dann etwaigen anderen Prätendenten anheimgestellt bleiben, die von ihnen behaupteten stärkeren Erbrechten gegen den in solcher Weise instituierten sächsischen Inhaber der Regierungsgewalt zu begründen. Um indeß nicht abermals die Gefahr einer förmlichen Ablehnung zu laufen, wurde der betreffende Vorschlag, etwa im letzten Drittel des Monats October, dem preußischen Gesandten in Wien vorerst vertraulich mitgetheilt. Inzwischen trat der bekannte Wechsel im Auswärtigen Amt ein, und mehrere Wochen lang ruhten die Verhandlungen. Erst, als kurz vor dem Schlus des ersten Hälften des November Graf Karolyi auf seinen Posten nach Berlin zurückkehrte, wurden dieselben wieder aufgenommen. Die Instructionen, welche Graf Mensdorff dem Gesandten mitgab, knüpften ausdrücklich an den eben erwähnten Vorschlag, an die Übertragung der Rechtstitel der Großmächte an den Herzog Friedrich an, und das österreichische Cabinet erklärte, allerdings fortgesetzt den höchsten Werth auf die preußische Allianz zu legen, und zu ihrer Erhaltung zu Concessions bezüglich des modus procedendi bereit zu sein, dagegen die bestimmt Fortschritte stellen zu müssen, daß einerseits keine weitere Verschleppung der Entscheidung der Erbfolgefrage stattfinde, und daß andererseits ihre Lösung eine streng

gebrach. Der Graf befindet sich jedoch nur in Privatangelegenheiten in Paris.

Die Zeidler'sche Correspondenz berichtet: Die Regierung hat den auswärtigen Mächten eine Interpretation über die Aufgabe des Kronsyndicats zugelebt. Das Gutachten des Kronsyndicats sei kein Tribunal spruch. Die Entscheidung sei dem Willen des Königs anheimgegeben, dem die Vereinbarung mit den europäischen Interessen obliege. Die österreichisch-preußischen Verhandlungen befanden sich in dem Stadium einer vorläufigen vertraulichen Besprechung.

Über die Bamberg'sche Besprechungen hört ein Berliner Correspondent von guter Seite, daß nach Aeußerungen aus dortigen mittelstaatlichen Kreisen zu urtheilen, die Gruppe vorerst mehr ein definitives Einverständnis für gewisse Vorcommunisse der Zukunft im Auge habe. Sollte die Unabhängigkeit der Mittelstaaten ernstlich gefährdet werden, so würde man wahrscheinlich aus dem Bunde treten und in den verschiedenen souveränen Staaten zu bestehen suchen. Der Sonderbund, von welchem gesprochen wurde, wäre demnach, wenn eine derartige Entwicklung der deutschen Dinge eintreten sollte, mehr außerhalb des Bundes als im Bunde zu suchen. Der Bund, heißt es auf jener Seite, sei ja doch seit dem Anfang des Jahres von den Großmächten gleichsam tatsächlich gekündigt. Andere gemeinschaftliche Schritte in Frankfurt wären dadurch, je nach der Gestaltung der Lage, allerdings nicht ausgeschlossen, auch nicht in der schleswig-holsteinischen Frage. Aber die Richtung dürfte sich vorerst als eine negative und definitive herausstellen.

Bekanntlich stellten offizielle preußische Organe in Abrede, daß Preußen in Wien den Antrag gestellt habe, Herrn v. Scheel-Plessen zum Präsidenten der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu machen. Ein Correspondent der "Wes. Ztg." versichert, daß besagter Herr von Scheel-Plessen nicht nur für den Posten des Präsidenten bestimmt war, sondern auch zum dritten Civilcommissär hätte ernannt werden sollen. Und Preußen ist es gewesen, welches diesen Antrag stellte. Oesterreich sprach sich gegen die Person des Scheel-Plessen aus und brachte eine andre (welche wird nicht gesagt) in Vorschlag. Diesen refürtzte Preußen und es blieb beim Alten. Ferner sollen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin wegen Entfernung des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg aus den Herzogthümern gepflanzt worden sein. Der Erbprinz selber erklärt sich damit einverstanden, die Herzogthümer zu verlassen, falls eine Volksabstimmung stattfinden sollte.

Die Liste der Bewerber um den Herzogthum von Schleswig-Holstein ist noch nicht geschlossen. Nach dem "Wat." werden der Chef der Familie des Grafen Ranau ebenso wie Graf Styrum Ansprüche auf einen Theil Holsteins erheben.

Nach einer Wiener Correspondenz der "Nord. Allg. Ztg." hat Graf Mensdorff die Annahme der ritterhaften Adressen abgelehnt, und zwar nur aus formellen Gründen, gegen welche der gedachte Correspondent polemisiert.

Was die Haltung Russlands der Herzogthümerfrage gegenüber anbelangt, so soll dieselbe vollkommen mit jener Englands übereinstimmen, und in einem von dem Fürsten Gortschakoff an Lord Russell gerich-

## Fenilleton.

### Die Amazonen in Dahomey.

(Aus dem Athenaeum nach Richard F. Burton's „A Mission to Gelele, King of Dahomey“).

Die kriegerische Jungfrau ist die wahre Helden von Captain Burton's Buch. Captain Burton wurde aus Courtoisie der Oberst eines Amazonen-Corps, und muß es ihn, möglichen wir glauben, schwärzen, daß strenge Rücksicht auf Thatsachen ihr zwinge, einigermaßen achtungswidrig von seinen Truppen zu sprechen. Dem ungelenken Capitän zu folge haben sich die Damen von Dahomey keiner großen Schönheit zu berühren. „Es thut mir leid sagen zu müssen, daß kein einziges hübsches Gesicht zum Vortheil kommt; die meisten dieser „Schönern“ hatten rüfige Haut, und die wenigen Houris zeigten Negergüte.“ Dies gilt von der Hauptstadt im allgemeinen, wie von den Hosdamen. — Diese Dahomey'schen Frauen tragen die Waffen, weil sie zu häßlich sind um Liebe zu erwecken, und schneiden den Männern die Hälse ab, weil sie keine Aussicht haben, ihre Herzen zu gewinnen.

Das weibliche Heer erscheint beim ersten Anblick mehr malerisch als verführerisch: „Die ersten der Amazonen traten hervor. Die vier Kriegerinnen waren mit Gewehren bewaffnet und in Tuniken mit weißen Plattenmützen gekleidet, mit zwei blauen Flecken, was ein Sinnbild der Kriegs-

föide sein sollte. Sie wurden befehligt von einem alten Weib im Mannstrohhut, einem Wamms, einem weißen Lend, angelegt wie die Hosen des guten Königs Dagovert — à l'envers — einem blauen Leintuch und einer Schärpe von weißem Baumwollzeug. Dieses Mannweib leitete den Tanz und die Gefänge mit einem Eisenstock und ihr Kopf war statt eines Schirms, von einem eigenen und überwältigten Strauch, an der Goldküste „Gottesbaum“ genannt, überschattet. Die wenigen Männer zeigten uns einige Verluste im Gaukeln und im Gehren auf ihren Händen. Zwei der Tänzerinnen hatten eine abnorme Größe, sie waren nahezu 6 Fuß hoch und von entsprechender Breite, während die Männer im allgemeinen ein weibliches Aussehen hatten. Andererseits war die Größe des weiblichen Knochenbaues und die Muskulentwicklung derart, daß man in vielen Fällen ihr Geschlecht nur am Busen erkennen konnte. Ohne Zweifel führte diese physische Überlegenheit des „arbeitenden Geschlechts“ bei der Popo- und Dahomey-Race zur Verwendung der Weiber als Kämpfer. Sie sind die hänslichen Diener, die Pflüger, die Träger und Gallegos, die Feldarbeiter und das Marktvieh der Nation — Warum sollten sie auch nicht Soldaten sein? In andern Dingen sind sie keine passenden Lebensgefährten für Männer: die letzteren zeigen Spuren, daß es in ihrem Kopf zu tanzen beginnt, während die ersten rein thierisch — bestialisch sind. Hierin liegt, wie man theilsweise zu glauben geneigt ist, der Grund für die ungeheure Polygamie dieses Volksstamms.“

Die Dahomey'schen Kriegerinnen sind insgesamt unverheirathet. Wahr leben sie in der Einbildung, sie seien die Weiber des Königs; allein dies ist eine müßige Form. Hier und da mag ein hübscher weiblicher Fähnrich die Augen seines Kriegsherrn auf sich ziehen; im Ganzen genommen aber hält Gelele, der König von Dahomey, seinen Harem und seine Kampfwieberr ganz abgesondert. Wie ihr englischer Commandant bemerkte: „Chelose Kriegsvolk muß Regel sein, sonst würden sich wohl die Truppen vom fünfzehnten bis zum fünfunddreißigsten Lebensjahr in einem Zustand befinden der sie zur Dienstleistung untauglich mache.“ Dann aber will man mit dieser Chelosigkeit sicherlich verhindern daß die Männer nicht allzu sehr der Sünde der Polygamie fröhen.

Die Zahl dieser weiblichen Truppen ist auf 20,000 angegeben worden, was aber eine starke Übertreibung gewesen sein dürfte. Captain Burton setzt die Zahl der selben weit niedriger an: zwischen 1000 und 1500 vielleicht.

In der Regel fangen die Kriegerinnen an fett zu werden wenn ihre Ballstage vorüber sind, und einige derselben sind Wunder von Betteligkeit. Die Blüthe des Heers war die gemischte Compagnie der kürzlich vom König ausgehobenen jungen Amazonen; diese Haar, die an der Nordseite des Palasthofes und rechts vom Throne stand, verzierte zuerst aus den größten und schönsten Weibern im Dienste zusammengekehrt. Hinter ihr stand die Musikbande, ein Tschingusu oder eine afrikanische Cymbel, zwei kleine Fächern zwölf bis sechzehn Pulverbüchsen, Bündholzchen-Tam-tam unter dem Arm, und vier große Kesseltrommeln, Schädelchen gleich, enthielten. Der Kugelsack, mit einigen

teten diplomatischen Actenstücke ausdrücklich darauf hingewiesen worden sein, daß die Hausinteressen des russischen und englischen Hofes durch die Verbindung der beiderseitigen Kronprinzen mit dänischen Prinzen Dänemark gegenüber homogen seien und deshalb eine identische Haltung erheischen.

Aus Paris vernimmt man, daß die päpstliche Curie in der Encyclica Frankreich und Italien ausdrücklich nennen wollte; die Haltung des französischen Gesandten Sartiges habe sie jedoch von diesem Vor- sag abgebracht. Nach einem Schreiben aus Rom habe Cardinal Antonelli Herrn v. Sartiges, als dieser eben auf eine Antwort auf die französische Conventions-Note drang, gefragt, daß eine solche bereits erfolgt sei, und er habe dem Erstaunten die Encyclica gedruckt überreicht.

Die Publicirung der Bulle vom 8. v. M. dürfte, meint die „Neue fr. Presse“, nicht ohne Einfluss auf die friedlichen Neujahrs-Dispositionen des Kaisers der Franzosen geblieben sein, und da die päpstliche Kundgebung in Paris als eine Antwort auf die Septem- ber-Convention aufgefaßt wird, so erwartet man bei dem morgigen Empfang in den Tuilerien etwas wie eine napoleonische Kundgebung an die Adresse Roms.

Von den 12 Staaten, welche an dem Genfer internationalen Congrès für Berathung eines Sanitäts-Concordats in Kriegszeiten theilgenommen und den betreffenden Concordatsentwurf auf dem Hotel de Ville mit unterzeichneten, haben sich Hessen, Württemberg, Preußen und Portugal an der in vergangener Woche in Bern mit einer gewissen Feierlichkeit stattgehabten gegenseitigen Ratification noch nicht beteiligt. Was der Grund der Zögern Preußens und Portugals ist, nicht bekannt; dagegen ist seitens des Großherzogthums Hessen und des Königreichs Württemberg die Erklärung abgegeben worden, daß sie, bevor sie die Billigung des deutschen Bundes eingezogen, ihren definitiven Beitritt zu dem Concordat nicht erklären können. Laut Vernehmen ist jetzt als Endtermin für die Beitrittsklärungen der noch zögernden Staaten der 22. März des nächsten Jahres festgesetzt worden.

Die „Patrie“ behauptet heute nach ihr zugegangenen Berichten, daß in Madagaskar eine Verschwörung gegen den ersten Minister entdeckt worden sei und große Anarchie herrsche. Die Civilisation, die man einführen wollte, hat dort wohl den Leuten den Kopf verdreht.

Die „Petersburger Blätter“ sagt über das von der „Independance“ gebrachte Telegramm aus Messina, nach welcher der Czar dem Khan von Buchara in einem Schreiben Hilfe zur Eroberung Tibets versprochen habe, es trage den Stempel der Errichtung an der Stirn. Zwischen Buchara und Tibet liege eine Strecke von 405 geographischen Meilen teils unbekannter, teils unpassirbarer Landstriche. Drenburg sei von Buchara 200 Meilen entfernt. An den Khan von Buchara könne wohl der General-Gouverneur von Drenburg, nicht aber der Kaiser schreiben.

Zwischen dem „Dziens poln.“ und der in Brüssel erscheinenden „Witrywalosé“, dem Organ der gegenwärtig von Kurzyna und Guttry repräsentirten demokratischen Partei, ist ein heftiger Streit über die Existenz der Nationalregierung ausgebrochen. Der „Dziens poln.“ hatte behauptet, daß die National-

Regierung schon seit April v. J. faktisch nicht mehr bestehe und daß die vorgebliche Existenz derselben lediglich eine Mystifikation Kurzynas sei, der durch das Fortspielen der angemaßten Rolle der Nationalregierung leichtgläubigen Einwohnern des Landes Geld entlocken wolle, um die Mittel zu einem behäbigen und luxuriösen Leben zu gewinnen, unbefüllt, ob dadurch Kaufleute nach Sibirien kommen und das Land durch Millionen Contributionen vollends verarmen. Diese Behauptung möchte das Kurzyna'sche Organ, die „Witrywalosé“, gern zurückweisen und damit wird die Erklärung verbunden, daß das zeitweise Aufhören des bewaffneten Kampfes nur ein erwun- genes Waffenstillstand sei und daß die unabkömmlinge und untheilbare Existenz Polens, Preußens und Litauens lediglich durch einen allgemeinen Volksaufstand wieder gewonnen werden könne. Herr Kurzyna und seine Helfershelfer wollen folglich fortfahren, „das

weitere Bestehen der Nationalregierung“ durch weitere Geldpressungen für ihre Taschen zu beweisen.

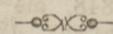
Die „Pos. 3.“ schreibt: Mieroslawski wird wegen der in seiner Schrift „Amtliche Documente zur Geschichte der General-Organisation usw.“ gemachten Enthüllungen über den letzten Aufstand von allen Parteien als Verräther bezeichnet, und es dürfte ihm schwerlich jemals gelingen, sich in der polnischen öffentlichen Meinung zu rehabilitiren. Seine Anhänger unter den polnischen Emigranten haben daher die Hoffnung eines neuen Aufstandes in Polen aufgegeben und sich größtentheils für die nordamerikanische Union-Armee anwerben lassen. In Paris besteht nämlich ein von den Polen Majewski und Wyszkowski aus Amerika errichtetes Werbebüro für die genannte Armee, das bereits nahe an 1000 polnische Emigranten angeworben hat, die in 14 Tagen eingeschiff werden sollen. Auch unter den übrigen Emigranten und selbst unter den ehemaligen Insurgentenführern schwundet die Hoffnung auf Erneuerung des Aufstandes immer mehr und sie lassen sich zur Anwerbung für eine der americanischen Armeen immer bereitwilliger finden. Der Grund dieser Hoffnungslosigkeit ist hauptsächlich in den mit alter Leidenschaftlichkeit in der Emigration wieder wütenden Parteikämpfen zu suchen.

Oesterreich, schreibt man der „Schles. Bl.“ aus Berlin, soll bekanntlich die Zollvereinigung aufgegeben haben. Sehr fraglich ist aber noch, ob es auch die Zollvereinigungsklausel aufgegeben hat, die zwischen den beiden Cabineten unabhängig von den jetzt hier gepflogenen Unterhandlungen verabredet wurde. Die Sache bedarf jedenfalls noch der Ausklärung. Oesterreich will mit der Klausel weitere Tarifherabsetzungen des Zollvereins in der Zwischenzeit verhindern.

Die „Nord. Allg. Bl.“ veröffentlicht das Protocoll der neuen Verhandlungen bezüglich des französisch-preußischen Handelsvertrages vom 2. August 1862. Der Vertrag tritt am 1. Juli 1865 in Kraft.

Nach dem „Mémorial diplomatique“ werden die handelspolitischen Unterhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich in Paris und nicht in Wien geführt werden.

Wie aus Berlin gemeldet wird, werden die Unterhandlungen über den neuen Handelsvertrag zwischen der Schweiz und dem deutschen Zollverein im Februar zu Stuttgart beginnen.



#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. Januar. Heute, als am Neujahrstage, fand in der Hofburgkirche ein Hochamt statt, welchem Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin und mehrere Mitglieder des kaiserlichen Hauses beigewohnt haben. Um die Mittagsstunde war Galla-Auffahrt der Gratulanten.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben dem Vereine zur Verjüngung und Beschäftigung erwachsener Blinden Beiträge von je 100 fl. für das Jahr 1864 allerhandig zu spenden geruht.

Ihre E. Hoheiten der Herzog von Modena und Gemalin werden nach Neujahr nach Venetia sich begieben und längere Zeit dort verbleiben.

Im Besinden des Staatsministers ist eine Besserung eingetreten.

Polizeiminister Freiherr v. Messery ist neuerdings unpaßlich.

Der Statthalter von Ungarn, Graf Palffy, ist hier eingetroffen.

Fürst Ypsilanti wird in diesen Tagen seine Creditore als griechischer Gesandter überreichen.

Im Besinden des Abtes Eder, dessen Leiden in einem gefährlichen Rothlauf bestanden, ist eine Besserung eingetreten.

Die niederoesterreichische Finanz-Landesdirektion macht bekannt, daß das Finanzministerium mit Verordnung vom 20. v. M. von dem Jahre 1865 angefangen die Monate Januar und Juli als die Termine bestimmt habe, mit deren Eintritt die halbjährigen Raten der Erwerbssteuer jedes Jahr verfallen und zu entrichten sind. Was die Termine zur Einhebung der übrigen directen Steuern, nämlich der

Grund-, Gebäude- und der Einkommensteuer betrifft, so auf den Versammlungen zu Böghoved und Linnetskow mehr nordschleswig'sche Männer in Bewegung gewesen, als wohl jemals eine politische Angelegenheit zu beschäftigen vermocht hat. Daneben versteht sich von selbst, daß die dänisch redenden Nordschleswiger sich in der Anwendung ihrer dänischen Muttersprache in der Kirche, Schule und öffentlichem Leben nicht befränkt, um ihre Willen nicht gekränkt oder zurückgelegt wissen wollen.

Der Erbprinz von Augustenburg gedenkt, nach einer Ankündigung der „Kieler Zeitung“, die letzten Tage des Jahres nicht in Kiel zugubringen, sondern einen Ausflug nach dem östlichen Holstein zu unternehmen. (Damit geht der Erbprinz den für den 30. v. M. den Jahrestag seiner Ankunft, beabsichtigte Demonstrationen aus dem Wege.)

Nach Berichten aus Berlin ist Herr v. Ahlefeldt der ritterhaften Adress beigetreten.

Der „Karl. Bl.“ vom 29. v. M. wird geschrieben: „Der Minister v. d. Pförtchen befindet sich seit gestern auf der Rückreise von Frankfurt nach München in Stuttgart. Gestern Abend speiste er bei dem Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Barnbüler, wozu auch Staatsminister v. Linden, der zum Bundestag-Befindlichen in Frankfurt bestimmt ist, geladen war. Heute erhielt Frhr. v. d. Pförtchen eine Einladung zur königl. Hofstafel. Natürlich bringt man die Anwesenheit des bayerischen Ministers mit Verhandlungen unter den Mittelstaaten über die Herzogthümerfrage in Zusammenhang.“

Der „Württemb. Staatsanzeig.“ veröffentlicht eine vom 24. Dec. datirte königl. Verordnung, womit die Bundesrepublik vom Jahre 1854 außer Wirkung gesetzt wird und die bis zur Erlassung derselben bestandenen Vorschriften der Landesgesetze, namentlich des Preßgesetzes vom Jahre 1817 wieder als in Wirkung erklärt werden.

Aus Berlin, 30. v. M., wird gemeldet: Herr v. Beditz ist vorgestern wegen einer eiligen An- genheit nach Schleswig gereist. — Herr v. Bismarck wird heute zurückkehren. — Der „Beidl. Correspondent“ wird der morgen erscheinende Staatsanzeiger die Nachricht von der Einberufung des Landtages bringen.

Der preußische Major v. Stedingk ist zum Mitglied der Commission ernannt worden, die nach Artikel 6 des Friedenstractats die neue dänische Gränze bestimmen soll.

Die im zweiten Berliner Polenprozeß des Hochverrats bez der vorbereitenden Handlungen dazu Angeklagten von Baracewski, v. Bronikowski, v. Ruzicki, von Oppen, v. Arndt, so wie der aus der Haft in der Charité entwichene v. Krulikowski, werden durch öffentliche Vorladung aufgerufen, am 2. März, bez. am 16. März zu der dann beginnenden Hauptverhandlung sich zu gestellen.

#### Frankreich.

Paris, 30. December. Der „Constitutionnel“ bringt einen neuen Artikel über die Encyclica; derselbe ist auf besonderen Befehl des Kaisers eingerückt worden, weil Se. Majestät den gestrigen lange nicht energisch genug befunden. Die Note des Herrn Drouyn de Lhuys an Herrn v. Sartiges ist bereits unterwegs nach Rom und dieselbe soll sehr energisch ausgeschlagen werden. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten dänischen Bevölkerung Nord-Schleswig's führen. Die dänisch residende Bevölkerung des nördlichen Strichs unseres Herzogthums ist keineswegs auch als eine dänisch gesetzte zu bezeichnen. Im Großen und Ganzen lebt vergebens bemüht haben, unter den in jenem Süden angefeindeten dänischgesinnten Besitzern einen aufzutreiben, der zu einem Tausch mit ihm bereit gewesen wäre. Sicherlich fürchten also diese Angehörigen der kleinen Partei, welche es — Danach den Bestrebungen der bekannten Propaganda — seit einigen Jahrzehnten bei uns gibt, nichts von dem schleswig-holstein'schen oder Augustenburg'schen Terrorismus, nichts von der Nachsucht der deutschen Partei, welche von Zeit zu Zeit in einigen größeren Zeitungen D. Schlands (namentlich in der „Königlichen“) als Zukunftsgespenster aufzutauchen und zu abenteuerlichen Vorschlägen zur Sicherstellung der angeblich bedroht



